

AFI zu Covid-19

“Es muss nicht zwangsläufig zur Katastrophe kommen”

Mittwoch, 25. März 2020 | 12:23 Uhr

Bozen – Jetzt müssen Erwerbsverhältnisse gesichert werden, um das betriebliche Knowhow und die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu retten, schreibt das AFI in einer Aussendung. „Ein branchenübergreifender Lohnausgleich für einen Zeitraum von drei Monaten ist absolut notwendig“, sagt **AFI-Direktor Stefan Perini**. Auf diese Weise könne die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder schneller anspringen.

Die Corona-Krise hält nicht nur Südtirol, sondern die ganze Welt in Atem. Noch ist das Gesundheitsrisiko nicht gebannt und schon werden Szenarien über die wirtschaftlichen Folgen entworfen.

Welches Szenario?

Zentrale Faktoren für die Bestimmung der Folgen der Krise sind die Branchenausdehnung und die Zeit. Je länger das Gesundheitsrisiko und damit die Einschränkungen für die Wirtschaft andauern, desto gravierender der potentielle Schaden für die Wirtschaft. AFI-Direktor Stefan Perini erklärt: „Beim düsteren L-Szenario bricht die Wirtschaft stark ein und erholt sich lange nicht – daher das „L“. Beim U-Szenario fällt sie auf ein niedrigeres Niveau, um nach einigen Monaten wieder die Kurve nach oben zu schaffen. Beim zuversichtlichen V-Szenario folgt auf den kurzen und tiefen Schock eine relativ rasche Erholung“.

Was Prognose-Institute sagen

Die Europäische Kommission stellt die aktuelle Corona-Krise auf das Niveau der Finanzkrise von 2008 – damals brach die Wirtschaft im EU-Raum real um -4,3 Prozent ein. Wesentlich pessimistischer zeigt sich das ifo-Institut München. In einem zu Wochenbeginn veröffentlichten Papier rechnen die Volkswirte mit einem Einbruch der Jahreswachstumsrate 2020 für Deutschland von -4,3 Prozent bis -20,6 Prozent, abhängig von der Güte von Abfederungsszenarien, der Dauer des Stillstands und dem Einsetzen der Erholung.

**Arbeitsplätze halten ist Priorität eins**

Je breiter und länger die Krise, desto unvorhersehbarer und dramatischer seien die langfristigen Folgen. AFI-Direktor Stefan Perini betont: „Vorrangig ist es, die Liquidität der Betriebe und die Erwerbsverhältnisse zu sichern, um Betriebsschließungen und Entlassungen zu vermeiden“. Das sichere wertvolles Knowhow für den Betrieb und die Kaufkraft des Arbeitnehmers. Gelingt es nicht, das Humankapital in den Unternehmen zu halten, so führe dies einerseits zu Arbeitslosigkeit, andererseits schwäche es die heimische Wirtschaft beim wiedereinsetzenden Aufschwung. „Ein branchenübergreifender Lohnausgleich für einen Zeitraum von drei Monaten ist absolut notwendig“, so der AFI-Direktor.

Abfederung kostet weniger als Massenarbeitslosigkeit

AFI-Direktor Perini sieht die öffentliche Hand auf dem richtigen Weg. Die italienische Regierung wie auch die Südtiroler Landesregierung würden ihre Abfederungsmaßnahmen nach dem Prinzip „whatever it takes“ („alles was nötig ist“) ausrichten. Auch die schwarze Null sei dem Ziel der Sicherung von Jobs unterzuordnen, denn das Land Südtirol werde Mittel über das staatliche Krisenpaket hinaus in die Hand nehmen müssen. Das könne teuer werden, aber die Sicherung der Jobs einige Monate lang koste weniger als eine Massenarbeitslosigkeit über Jahre, bilanziert Perini.

Es muss nicht zwangsläufig zur Katastrophe kommen

Wirken die Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Abfederung der wirtschaftlichen Schäden, dann könnte das Schlimmste schon in einigen Wochen überstanden sein. „Im günstigsten Fall könnte sogar ein V-Szenario eintreten – also die relativ rasche Erholung der Konjunktur. Aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben“, glaubt Perini. Konsumausgaben fänden zeitlich verschoben statt, Urlaubspläne würden nachgeholt – vielleicht verstärkt mit Ziel Italien aufgrund von Ausreisebeschränkungen. In der zweiten Jahreshälfte lasse sich somit doch Einiges aufholen – vorausgesetzt, die Kaufkraft der Südtiroler Arbeitnehmer und Selbständigen werde jetzt durch Lohnersatzleistungen geschützt. Eine Maßnahme von größter Dringlichkeit, auch weil der private Konsum rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bestimme, schließt Perini.

Statement von AFI-Präsident Dieter Mayr

“Die staatlichen Sozialmaßnahmen sind da, aber auf Landesebene müssen wir noch aufstocken. Wir brauchen eine echte sozialpartnerschaftliche Konzertierung, um abzufedern, was nur geht, und dass auch die Schwächsten möglichst alle erreicht werden. Es heißt Schäden minimieren, um dann später wieder durchstarten zu können. In der momentanen Notsituation hat die Gesundheit absoluten Vorrang.“